

Was die Gesellschaft zusammenhält

Werte und Wertigkeit: Eine Debatte über die Schwierigkeit auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen – und die Bedeutung von Streit

VON MARTIN DEBES

Erfurt. In der DDR gab es einen besonderen Zusammenhalt der Gesellschaft, ob nun im Schrebergarten, in der Brigade oder in der Schule. Dieses bekannte Argument referierte der Zittauer Soziologieprofessor Raj Kollmorgen am gestrigen Abend – ausgerechnet in der Erfurter Gedenk- und Bildungsstätte Andreassstraße, die mal ein Stasi-Geängnis war. Aber, fügte er an: Eine Wertegemeinschaft habe es dennoch nicht gegeben, trotz der allgemeinen Indoktrination. Die Gesellschaft sei sehr heterogen gewesen, vom SED-Genossen bis zum Katholiken.

Die These, dass in der DDR eine starke soziale Integration existierte, nutzte Kollmorgen als Antithese zum Titel des Podiumsgesprächs, zu dem die Deutsche Gesellschaft, die Stiftung Ettersberg und die „Thüringer Allgemeine“ eingeladen hatten. Er lautete: „Meine Werte – Deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“

Gute Frage, fand Kollmorgen. Denn: Gerade in modernen Gesellschaften existieren wegen der sozialen Ausdifferenzierung sehr unterschiedliche Wertegemeinschaften, die sich ergänzen – aber auch miteinander konkurrieren. Der Wertekonflikt gehöre deshalb zur Integration dazu; Interessen müssen sich miteinander abgleichen. Oder anders: Harmonie werde überbewertet.

So sah es auch Christian Carius, der Landtagspräsident von der CDU, als einer der Teilnehmer des Podiumsgesprächs. „Konflikthafte soziale Integration“: Dies, sagte er, sei das Geschäftsmodell jedes Parlaments. Streit gehöre einfach dazu.

Werte ließen sich eben nicht beweisen, sagte der katholische Bischof Ulrich Neymeyr. Sie müssten ständig kommuniziert werden. So versuche die Kirche, den christlichen Glauben, der ein Wertekanon sei, in die eine zunehmend säkularisierte Gesellschaft hineinzubringen.

„Sind Werte auch eine Frage der Erinnerung?“ Mit dieser Frage sprach TA-Chefredakteur Johannes M. Fischer, der das Podium moderierte, die Situation in den neuen Ländern an. Durchaus, antwortete Kollmorgen. Es habe nach der Wende einen Prozess der Abwertung gegeben. Die damaligen Ausgrenzungs- und Abwertungserfahrungen führten heute noch dazu, dass hohes Misstrauen gegenüber den Eliten herrsche.

Angesichts des weit formulierten Themas sprang die Debatte von der MeToo-Diskussion über die AfD bis hin zu den Flüchtlingen. Gefährdet Zuwanderung unsere Werte? Es habe schon immer Einwanderer gegeben, sagte dazu Susanne Schröter, Ethnologin-Professorin aus Frankfurt. „Oft waren sie nach einer gewissen Zeit gar nicht mehr von den Einheimischen unterscheiden“.

Integration, sagte sie, werde nun von zwei Dingen verhindert: Der Ablehnung der Einheimischen – oder der Unwilligkeit der Zuwanderer. An beiden gelte es gleichermaßen zu arbeiten.



Sozialer Zusammenhalt, aber keine Wertegemeinschaft? Eine Hausgemeinschaft in Lobenstein geht gemeinsam zur Wahl der DDR-Volkswahl am 14. Juni 1981.

Foto: imago stock&people

PRO & KONTRA

Gab es in der DDR wirklich mehr Gemeinsinn?

Pro

Auch wenn die Erinnerungen an die DDR peu à peu verblasen – der eine oder andere Ossi erwischt sich regelmäßig dabei, wie ihm der Satz entfährt: Früher war ja nicht alles schlecht. Ganz objektiv betrachtet war die graue DDR kein Rechtsstaat, wer wollte das bezweifeln. Die Biografien waren von der Geburt bis zum Einstieg ins Berufsleben durchgeplant, oft stasi-bespielt.

Damit musste man sich



PETER RATHAY vermisst den kollektiven Zusammenhalt

arrangieren. Das Leben der Menschen war trotzdem vielfältig und bunt – und spielte sich meist dort ab, wo die Politik nicht hinkam.

Es wurde geliebt, geheiratet, gelacht. Wenn man sich einmal (an-)vertraute, entstanden Freundschaften für die Ewigkeit. In Krisen rückte man eng zusammen, egal ob im Kegelclub, der Feierabendbrigade oder bei der DSF. Und in der Schlangenvor der Kaufhalle waren Herkunft und Verdienst so wenig bedeutungslos.

Mag sein, dass sich im Rückblick eine gewisse Unsicherheit einschleicht. Aber vielleicht kann man sich ja darauf einigen: Früher war einiges schlecht – und heute ist auch nicht alles gut.

Kontra

Im Treppenaufgang meines Elternhauses, eines Viergeschossers aus dem Jahr 1959, hing Ende der 1980er-Jahre eine Urkunde: „Vorbildliche Hausgemeinschaft“ – verliehen für gemeinsames Aufräumen, Putzen, Feiern oder Wählen. Heute erinnern sich meine Eltern – beide in den Achtzigern ihres Lebens, bei gutem Gedächtnis und klarem Verstand – kaum mehr an die gemeinsamen Aktionen. Ihre direkten Nachbarn, mit



THOMAS BÄRSCH trauert dem Kollektiv nicht hinterher

denen sie in Zeiten des Mangels Gefälligkeiten und Güter austauschten, treffen sie nur noch zufällig, seit diese in ein eigenes Haus zo-

gen. Das ist weder schlimm noch ungewöhnlich, denn viele vermeintlich enge Beziehungen oder gar Freundschaften existieren nicht mehr. Das kann man der neuen Gesellschaft als Minus ankreiden. Man kann es aber auch sehen, wie es ist: Die Gemeinschaft war oft ein Zweckverband, ein Kollektiv, das mit dem Wegfall des Zwecks seine Existenzberechtigung verlor. Andere Bindungen blieben dagegen erhalten – nicht, weil sie in der DDR entstanden, sondern weil sie wirklich echt und stark sind.



„Meine Werte – Deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ diskutieren im Podium der Soziologie Raj Kollmorgen, Landtagspräsident Christian Carius, die Ethnologin Susanne Schröter, Bischof Ulrich Neymeyr und TA-Chefredakteur Johannes M. Fischer (von rechts). Foto: Kai Müdra

„Nach zwei Diktaturen haben es freie Schulen immer noch schwer“

Experten diskutieren beim 9. Sozialkongress der Diakoniestiftung in Bad Blankenburg über Unterschiede in der Schulfinanzierung und innovative Lernkonzepte

VON HANNO MÜLLER

Bad Blankenburg. 26 200 Schüler besuchen eine der 177 freien Schulen in Thüringen. Das sind fast 11 Prozent aller Schüler.

Unter den freien Schulen in Thüringen sind 33 Grundschulen, 24 Förderschulen, 8 Regelschulen, 11 Gymnasien, fünf Waldorfschulen, eine Gesamtschule und 19 Schulen. Eine große Gruppe bilden zudem die berufsbildenden Schulen.

Mit der Anerkennung der Gründungsfreiheit und der institutionellen Garantie von Schulen in freier Trägerschaft durch das Grundgesetz obliege den Ländern die Pflicht, freie Schulen zu fördern, hieß es gestern bei einer Podiumsdiskussion im

der Diakoniestiftung Weimar-Bad Lobenstein. Über das Wie und die Höhe der Förderung streiten Schulträger und staatliche Stellen seit Langem.

Die Anzahl der freien Schulen im Freistaat bewege sich seit einigen Jahren auf konstantem Niveau, sagte Bernhard Ulbrich, Referatsleiter für freie Schulen beim Bildungsministerium. Die staatliche Finanzierung sei von 134 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 175 Millionen Euro in diesem Jahr gestiegen und werde weiter klettern auf 195 Millionen Euro im Jahr 2020. Konkrete Vergleiche seien wegen der schwer zu bemessenden Kosten pro Schüler nicht möglich.

Dem widersprach Marco Eberl, Vorstandsvorsitzender

der Diakoniestiftung Weimar-Bad Lobenstein. Demnach lasse sich das Land einen staatlichen Gymnasien 8800 Euro kosten, ein freies Gymnasium

bekomme für den gleichen Schüler 4600 Euro. Freie Schulen seien aber als Ausdruck des Elternwillens fester Bestandteil pluralistischer Demokratien. Ein

Drittel aller Eltern wolle seine Kinder hier einschulen, dem stehe bisher das staatliche Schulmonopol entgegen. „Nach zwei Diktaturen haben es freie Schulen in Deutschland schwerer, sich zu etablieren, als in anderen westlichen Demokratien. Wir müssen zur Normalität zurückfinden, dass freie Schulen fester Bestandteil des öffentlichen Schulsystems sind“, sagte Eberl.

Warum bekommen freie Schulen weniger Geld?

Laut Rolf Busch, Landesvorsitzender des Thüringer Lehrerverbands, haben freie Schulen mehr Möglichkeiten, Schüler

einzustellen oder Konzepte umzusetzen. „Manche staatliche Schule möchte das auch, kann oder darf es aber nicht, sondern muss mit den Lehrkräften auskommen, die vom Schulamt zugewiesen oder schlimmstenfalls nicht zugewiesen werden“, sagte Busch. Gemeinsam könnten verschiedene Schulmodelle beitragen, gute Bildung zu vermitteln.

Die Polarisierung zwischen staatlichen und freien Schulen bezeichnete Uwe-Karsten Röder, Kirchenrat und Schulleiter der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, als bedauerlich. Mit innovativen Bildungskonzepten und Lernprozessen machten sich freie Schulen besonders um anderes Lernen und um die Inklusion

ten sie das Potenzial, als Partner die Schullandschaft neu zu definieren. „Ersatzschulen leisten diese Arbeit anstatt des Staates. Ich verstehe nicht, warum sie dafür vom Staat weniger Geld bekommen als staatliche Schulen und sich dann auch noch anhören müssen, sie sollten aufpassen, dass sie nicht zu viel Schulgeld nehmen“, sagte Röder.

Annette Richter, Schulleiterin der Michaelisschule Bad Lobenstein, würde zusätzliches Geld sofort in Lehrkräfte investieren. „Eltern an freien Schulen suchen alternative Bildungsmodelle für ihre Kinder. Lehrkräfte haben größeren Spielraum für innovative Ideen. Was uns ausmacht, ist Bewegung, Entwicklung, Leben. Für mich gibt es



Das Evangelische Luther-Gymnasium Eisenach, eine